

Die Folgeprobleme des Geburtenrückgangs

Fragen an Professor Max Wingen

Der Geburtenrückgang zeigt vielfältige Folgen. Er wirkt sich in den verschiedensten Politikfeldern aus. Eine nüchterne Diskussion dieser Folgen und Wirkungen reibt sich nicht nur an den engen Grenzen, die staatlichem Handeln in der Bevölkerungspolitik gesetzt sind. Entscheidend sind dafür auch die Wertorientierungen, die den persönlichen Lebensstil und die Lebensplanung heutiger Ehen prägen. Wir sprachen darüber mit dem Bevölkerungswissenschaftler und Leiter des Statistischen Landesamtes von Baden-Württemberg, Professor Max Wingen. Die Fragen stellte David Seiber.

HK: Herr Professor Wingen, der Geburtenrückgang verursacht vielfältige Probleme. Aber es fällt auf, daß trotz der Halbierung der Geburtenzahl seit 1965 über die Folgen dieser Entwicklung öffentlich, politisch wie publizistisch noch wenig nachgedacht wird. Woran liegt das?

Wingen: Das liegt nicht zuletzt daran, daß die Gesamtbevölkerungsentwicklung gegenwärtig die längerfristig dramatischen Veränderungen noch gar nicht richtig erkennen läßt. Wir haben in den letzten Jahren immer noch Bevölkerungsrückgänge von nur 0,1 bis 0,2 Prozent pro Jahr. Und wir hatten zwischendurch auch einmal ein Plus von 0,1 Prozent. So entsteht der Eindruck, in der Bevölkerungsentwicklung ereigne sich nichts allzu Dramatisches.

HK: Ist das scheinbar undramatische Gesamtbild vorwiegend auf den ausländischen Bevölkerungsteil, auf Zuwanderung von Ausländern und auch auf deren Geburtenverhalten zurückzuführen?

Wingen: Zum Teil ja, natürlich. Aber die Wanderungsbewegung ist nur ein Punkt von mehreren. Die Altersstruktur ist insgesamt noch so, daß die längerfristig nachhaltigen Änderungen noch nicht sichtbar werden. Der frühere französische Staatspräsident *Giscard d'Estaing* sagte einmal auf einem Kolloquium über Bevölkerungsfragen: „Die Bevölkerungswissenschaft schreibt die Zukunft mit 20 oder 30 Jahren Vorsprung nieder. Aber es ist schwer, ihr zu glauben, solange wir durch die Gegenwart geblendet sind.“ Genau dieser Effekt ist hier im Spiel. Man hat, im Zusammenhang mit der für demographische Prozesse charakteristischen Trägheit, nicht ohne Grund von einer „Revolution auf leisen Sohlen“ gesprochen. Veränderungen bilden sich in diesem Bereich nur sehr allmählich heraus und lassen sich später, wenn sie manifest sind, aus den gleichen Gründen auch nur langsam wieder korrigieren. Das macht ihre Gefährlichkeit aus.

HK: Zunächst scheinen die Vorteile des Geburtenrückgangs gegenüber den langfristigen Nachteilen ja auch noch zu überwiegen ...

Wingen: Dies ist eine ganz große Verführung für Politiker. Man freundet sich nur allzugern mit den kurzfristigen Vorteilen an und verdrängt damit um so gründlicher die längerfristigen Probleme. Deswegen müssen wir die geschilderte demographische Trägheit als Bewußtseinsproblem auch sehen auf dem Hintergrund der politischen Bedingungen in westeuropäischen parlamentarischen Demokratien. Die Politiker ziehen häufig die langfristigen Probleme nicht mit dem nötigen Gewicht ins Kalkül, sondern orientieren sich an der nächsten, allenfalls übernächsten Legislaturperiode.

HK: Aber die Gesamtbevölkerung einschließlich ihrer publizistischen Meinungsführer scheint sich von der Dramatik der Entwicklung noch weniger beeindrucken zu lassen.

Wingen: Ich möchte Ihnen diesbezüglich nicht grundsätzlich widersprechen. In letzter Zeit beobachten wir allerdings bei Politikern wie in der Publizistik ein allmählich wachsendes Problembewußtsein. In einer engeren Fachöffentlichkeit werden die meisten mit dem Geburtenrückgang zusammenhängenden Fragen ohnehin bereits seit Jahren intensiv diskutiert. Sie wurden bisher aber offensichtlich nicht so hautnah empfunden, daß die weniger informierte Öffentlichkeit sich veranlaßt sah, sich jetzt schon auf die in den nächsten 20 bis 50 Jahren auf uns zukommenden Probleme einzustellen.

„Das Gewicht der alten Erwerbstätigen wird überproportional zunehmen“

HK: Ist das Argument kurzfristiger Vorteile überhaupt von der Hand zu weisen? Hätten sich die geburtenstarken Jahrgänge der 60er in die 70er und 80er Jahre hinein fortgesetzt, wären unsere Beschäftigungsprobleme auch langfristig noch um einiges schwerer zu lösen.

Wingen: Sie haben insofern recht, als wir aufgrund der abschätzbaren Auswirkungen des Geburtenrückgangs seit den späten 60er Jahren in den späten 90er Jahren zwar nicht in allen Bereichen Vollbeschäftigung, aber mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit eine Übernachfrage nach gut ausgebildeten Nachwuchskräften haben werden ...

HK: Aber letzteres ist wohl weniger eine Frage des Geburtenrückgangs als der technologischen Entwicklung und der Fähigkeit des Bildungssystems bzw. der Bevölkerung, damit Schritt zu halten ...

Wingen: Nein, auch der Bevölkerungsentwicklung, denn starker Geburtenrückgang führt dazu, daß die nachrückenden Kohorten sehr dünn besetzt sind ...

HK: ... weil jede Generation ja nur einen bestimmten

Anteil an entsprechend ausgebildeten bzw. entsprechend bildbaren Potentialen hervorbringt?

Wingen: Das auch, aber es kommt noch ein ganz wichtiger Faktor hinzu. Wir werden in den kommenden Jahren eine Entwicklung haben, bei der sich das zahlenmäßige Verhältnis der jüngeren Erwerbstätigen, der 20–40jährigen, zu den 40–60jährigen deutlich zugunsten der letzteren verschieben wird. Das Gewicht der älteren Erwerbstätigen wird überproportional zunehmen. Die Folge ist, daß die immer notwendige Flexibilität im Arbeitsleben, die technologische Weiterentwicklung künftig unverhältnismäßig mehr von den älteren Erwerbstätigen getragen werden muß. Das bedeutet z. B., daß auch die berufliche Weiterbildung stärker auf ältere Jahrgänge verlagert werden muß.

HK: Heißt das: Geburtenrückgang bedeutet, jedenfalls angesichts des sich abzeichnenden Ausmaßes, Überalterung, Überalterung bedeutet geringere Flexibilität, bedeutet stärker konservatives Gepräge einer Gesamtbevölkerung?

Wingen: Weniger flexibel ist noch nicht unbedingt gleich konservativ. Aber Sie sprechen damit einen wichtigen Punkt an. Die Entwicklung könnte zu Lasten der Innovationskraft der Gesamtbevölkerung gehen ...

„Eine Erbschaft sozialer Probleme für Jahrzehnte“

HK: ... die es aufgrund des technologischen Wandels besonders dringend bräuchte ...

Wingen: ... dringend braucht. Nur sollte man hier vorsichtig sein und sich hüten vor vorschnellen, zu Unrecht negativen Urteilen über die älteren Erwerbstätigen. Wenn die Gruppe der 40–60jährigen die nötigen Angebote zur Weiterbildung bekommt, ist sie durchaus auch noch in der Lage, Innovationsprozesse mitzutragen. Man sollte sich hüten vor der klischeehaften Abstempelung, Leute über 40 seien für Neuerungen schon nicht mehr geeignet. Ich würde aber sagen: die demographische Strukturverschiebung wird uns dazu zwingen, den älteren Jahrgängen auch in dieser Perspektive noch mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden.

HK: Einer der Politikbereiche, wo die Folgen des Geburtenrückgangs am frühesten wahrnehmbar sind, ist der Bildungsbereich. Schulleitungen wetteifern bereits um Schülerzahlen, die Überlastung der Kindergärten hat sich innerhalb einer halben Generation ins Gegenteil verkehrt ...

Wingen: Das Bildungswesen ist in der Tat das gesellschaftliche Feld, auf dem sich demographische Veränderungen im Unterschied etwa zur Altersversorgung am frühesten und besonders deutlich auswirken.

HK: Die Probleme wären in diesem Arbeitsmarktsegment geringer, hätte die Verschulungs- und Bildungsex-

plosion seit den 60er Jahren nicht zu dem bekannten Überangebot an Lehrern und Erziehern geführt ...

Wingen: Man hat jetzt, wo die Klassen ausgedünnt sind, gewiß die stark besetzten Lehrerjahrgänge. Und man hatte vorher die überfüllten Klassen, Zusatzlehrer mußten behelfsmäßig ausgebildet werden. Im letzten ist das alles die Konsequenz von nicht genügender Stetigkeit in der demographischen Entwicklung. Die Geburtenrate kann rückläufig sein, sie mag auch leicht zunehmen. Entscheidend ist die Stetigkeit der Entwicklung für alle Felder: für die Bildungspolitik, die Arbeitsmarktpolitik, die Altersversorgungspolitik. Die Probleme kommen ganz überwiegend von den abrupten Schwankungen im Fruchtbarkeitsniveau, insbesondere von den Einbrüchen nach unten, wie wir sie jetzt erleben. Das Population Council in New York hat schon vor Jahren darauf hingewiesen, daß es gerade die abrupten Einbrüche, die starken Ausschläge sind, die uns, wie es dort wörtlich heißt, „eine Erbschaft sozialer Probleme für Jahrzehnte hinterlassen.“

HK: Bei der Alterssicherung sind die Folgen der umkippenden Bevölkerungspyramide nicht minder deutlich abzusehen als im Bildungsbereich. Wie will man mit einem Beitragssatz in der Rentenversicherung zurechtkommen, der ceteris paribus nach heutigen Schätzungen um 2030 auf über 30 Prozent des Brutto-Einkommens ansteigen würde?

Wingen: Die tatsächliche Entwicklung wird sich zwischen zwei extremen Werten bewegen müssen, die bei uns niemand ernsthaft will. Entweder erhöht man die Beitragssätze gegenüber heute etwa auf das Doppelte, also bis auf 35 bis 37 Prozent oder man senkt das Rentenniveau auf ca. die Hälfte der heutigen Leistungen. Beide Extreme können sinnvollerweise nicht Ziel der Problembewältigung sein. Von daher zeichnet sich bereits seit einiger Zeit ein bemerkenswerter Konsens ab zwischen den großen Gruppen über eine Strategie mit folgenden Elementen: moderate Erhöhung der Beiträge; eine vergleichbare Absenkung des Rentenniveaus durch Übergang von der Bruttoanpassung zur Nettoanpassung; Anhebung des Staatszuschusses.

HK: Womit nur eine Verlagerung von Transferleistungen und ihrer Finanzierung mit stärkerer Beteiligung des Fiskus angezielt ist ...

Wingen: Nicht nur. Wegen der unterschiedlichen Verteilungswirkungen finden erhöhte Staatszuschüsse je nach Interessenlage der Beteiligten mehr Zustimmung oder mehr Ablehnung ... Längerfristig wird aber auch darüber nachzudenken sein, inwieweit nicht wieder eine auf freiwilliger Grundlage basierende Verlängerung der Aktiverwerbsphase angezeigt ist mit flexiblerem Übergang ins Rentenalter. Eine Entwicklung, die wir heute schon in den USA beobachten können. Diese Mehrfachstrategie sieht ja auch das Gutachten des Verbandes deutscher Rentenversicherungsträger vor, das sich wiederum auf ein Gutachten von Prognos (Basel) stützt.

HK: Aber kommt man mit einer solchen Finanzierungsreform ohne echte Strukturreform überhaupt weiter?

Wingen: Genau da setzt meine Kritik ein. Es besteht die Gefahr, die Reform der sozialen Altersversorgung zu eng nur als ein Finanzierungsproblem zu sehen und nicht als ein strukturelles Problem. Denn dazu gehört die Frage, inwieweit die Konstruktion der bestehenden sozialen Rentenversicherung nicht ihrerseits ein mitbedingender Faktor für die demographische Malaise ist, die wir jetzt haben.

„Es wird zu verschärften Verteilungskämpfen kommen zwischen den aktiv Erwerbstätigen und den nicht mehr Erwerbstätigen“

HK: Sie meinen damit das vor allem in der katholischen Sozialethik häufig gehörte Argument, die Rentenversicherung, so wie sie konstruiert ist, bedeute im Ergebnis eine Prämierung der Kinderlosigkeit?

Wingen: Es gibt ganz massive Einflußfaktoren, die aufgrund der Kollektivierung der Altersversorgung bei gleichzeitig noch weitgehender Privatisierung und Individualisierung der Kinderversorgung, der Kosten des Kinderaufziehens, eine Schieflage herbeiführen. Diese kann meines Erachtens nur durch eine Strukturreform beseitigt werden. Z.B. durch eine ungleich stärkere Berücksichtigung von Kleinkindbetreuungs- und Erziehungszeiten in der Rentenbiographie dessen, der sich dieser wichtigen Aufgabe des Aufziehens der nächsten Generation widmet.

HK: Es gibt bei der Alterssicherung ein Zusatzproblem, das direkt nichts mit dem Geburtenrückgang, wohl aber mit der Bevölkerungsentwicklung insgesamt zu tun hat: die Überalterung infolge gestiegener Lebenserwartung mit den entsprechenden Folgekosten für Renten- und Gesundheitsleistungen (Pflegekosten).

Wingen: Die höhere Lebenserwartung kommt verschärfend hinzu, das ist keine Frage. Wir haben uns ja längst angewöhnt, zwischen jungen Alten und alten Alten zu unterscheiden und beobachten nun – wie schon in der jüngeren Vergangenheit – einen deutlich überproportionalen Anstieg der alten Alten.

HK: Hält da die nötige Solidarität zwischen den Generationen – Generationenvertrag ist da ohnehin vermutlich nicht ganz richtig –, oder kommt es zu unvermeidlichen Verteilungskonflikten nicht nur zwischen Jung und Alt, sondern auch zwischen den jüngeren Alten und den alten Alten?

Wingen: Da dürfte die Solidarität der Alten insgesamt doch wohl überwiegen. Aber zu verschärften Verteilungskonflikten wird es kommen zwischen den aktiven Erwerbstätigen und den nicht mehr Erwerbstätigen. Und man darf wohl einmal die Frage stellen, ob die aktiv Er-

werbstätigen, die aus Mehrkinderfamilien kommen, die künftigen Belastungen akzeptieren werden, wenn sie feststellen müssen, daß sie ganz massiv für die Altersversorgung derer aufkommen müssen, die sich seinerzeit einen doppelten Rentenversicherungsanspruch aufgebaut haben, während ihre eigenen Eltern sich nur einen aufbauen konnten, weil sie gleichzeitig Kinder aufgezogen haben.

HK: Wird, von dieser Frage lastenverteilender Gerechtigkeit einmal ganz abgesehen, die Altenfrage – denkt man allein an das hohe Krankheits- und Pflegerisiko und an die Mittel, die dafür aufzubringen sind – auf jeden Fall zu einer „neuen“ sozialen Frage allerersten Ranges?

Wingen: Gesellschaftspolitik wird immer weniger gegen alte Menschen gemacht werden können. Das hat *Walter Dirks* vor einiger Zeit sehr zutreffend gesagt. Der mit dem Älterwerden sich verstärkende Tatbestand der Pflegebedürftigkeit darf als ein neues soziales Risiko auf keinen Fall unterschätzt werden. Er ist längst zu einem allgemeinen Lebensrisiko geworden.

HK: Wer soll es in erster Linie tragen: staatlich organisierte Wohlfahrt oder die Familie? Ist diese in ihrer heutigen Struktur überhaupt dazu in der Lage? Kann sie in die Lage versetzt werden?

Wingen: Man wird auch dieses Problem nicht allein den Familien zuschieben dürfen. Man kommt nicht ohne deren ganz großes Engagement aus, aber man muß die Familien in ihren Leistungen unterstützen. Die Amerikaner nennen das „care for the caregivers“. Wenn ein Familienangehöriger sich längerfristig der Betreuung eines pflegebedürftigen alten Menschen widmet und dafür auf Erwerbstätigkeit verzichtet, muß er eine gewisse Gewähr haben, daß ihm das in seiner eigenen Rentenbiographie gutgeschrieben wird; er darf – in Parallele übrigens zum Aufziehen von Kleinkindern – nicht im Stich gelassen werden.

„Man kann nicht mechanistisch Rückgänge in Entlastungen umdefinieren“

HK: Sie haben gerade die Parallele Altenpflege – Kinderaufziehung gezogen, womit wir von der Ausgangsfrage her wieder beim Verhältnis Kinderlastquote – Altenlastquote sind. Es gibt da eine Argumentationsfigur, die besagt: Die höhere Altenlastquote infolge der Verschiebungen in der Alterspyramide werde durch die verminderte Kinderlast (weniger Kindergeld, weniger Transferleistungen für Erziehende, auch Entlastung des Erziehungs- und Bildungswesens insgesamt) praktisch ausgeglichen. Geht diese Gleichung auch nur annähernd auf?

Wingen: Vor dieser Argumentationsfigur warne ich ausdrücklich. Es ist zwar richtig: dem zunehmenden Altenquotienten steht ein abnehmender Kinder-Jugend-Quo-

tient gegenüber. Wenn ich also gegenrechne, dann ist der Gesamtbelastungsquotient zumindest bis etwa 2020 gar nicht nennenswert höher als gegenwärtig. Vorübergehend könnte er sogar noch leicht zurückgehen. Nur werden durch eine solche Gegenrechnung die wirklichen Probleme verdeckt. Denn: erstens darf man demographische Quotienten nicht einfach gleichsetzen mit wirtschaftlichen Lastquotienten. Das sehen Sie bereits sehr deutlich, wenn Sie es auf das Verhältnis Rentenempfänger – Beitragszahler beziehen. Zweitens kann man nicht so mechanistisch Rückgänge beim Kinder- und Jugendquotienten in Entlastungen umdefinieren. So gibt es z. B. keine friktionsfreie Umwidmung bestehender Infrastruktureinrichtungen. Viele dieser Einrichtungen sind nicht auf den wachsenden Anteil alter Menschen eingestellt. Sie können nicht einfach Kindergärten in Altenpflegeheime umwidmen. Da gibt es Grenzen vom Aufwand her. Und eine Falle wäre auch die Meinung, mit der Zeit werde sich die Entwicklung ohnehin umkehren, die Geburtenzahl wieder zunehmen. Je nach „Fristigkeit“ würde das bedeuten, daß erhöhte Alten- und erhöhte Kinderlastquoten zusammenkommen.

HK: Das heißt konkret?

Wingen: Das Problem würde um so größer, je später es zu einer solchen Korrektur in der demographischen Entwicklung käme.

HK: Ist der Entlastungseffekt bei der Kinderlastquote durch den Geburtenrückgang überhaupt so gewichtig, wie er in der vorhin angesprochenen Argumentationsfigur erscheint? Es gibt die gestiegenen Erziehungskosten, die längeren Schulzeiten, aber auch Dinge wie Babyjahr etc.

Wingen: Damit sprechen Sie weitere Schwerpunkte an, die ich oben meinte, als ich die Zulässigkeit einer einfachen Gegenrechnung bezweifelte. Dazu gehört zum Beispiel die Tatsache, daß wir im Blick auf eine voraussichtlich noch größer werdende Gruppe alleinerziehender Elternteile mehr Aufwendungen haben werden. Dazu gehört aber vor allem auch die soziale Integration der ausländischen Kinder und Jugendlichen und deren Eingliederung in das Bildungs- und Berufsleben. Allerdings müßte man fairerweise sagen, die Gegenrechnungsthese kann ich auch unter einer *ceteris-paribus*-Klausel diskutieren, indem ich von diesen notwendigen, berechtigten Erhöhungen von Leistungen einfach absehe.

„Es kann sehr wohl sein, daß ichbezogene Werte weiter bestimmend sein werden“

HK: Sind die immateriellen Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs auf die Familie und die Erziehung (auf das Sozialisationsfeld und auf die Sozialisationsmöglichkeiten des Kindes) nicht überhaupt gravierender als die sozialwissenschaftlichen Folgen?

Wingen: Es wird in der Tat noch viel zuwenig darüber nachgedacht, was es für eine Gesellschaft bedeutet, wenn in nachfolgenden Generationen Kinder sich sehr viel weniger als in der Vergangenheit auf geschwisterliche Solidarität abstützen können. Der Übergang zu geringen Kinderzahlen, insbesondere zur Ein-Kind-Familie, verändert natürlich die Sozialisationsbedingungen grundlegend. Vor allem fehlt – wie gesagt – für viele Kinder die geschwisterliche Miterziehung. Die Folge werden stärker kompensatorische Maßnahmen von außerhalb der Familie sein müssen ...

HK: Nur kompensatorische Maßnahmen? Oder könnte es sein, daß sich die Familie künftig stärker in zwei Typen aufteilt: in Eltern, die bewußt die Mehrkinderfamilie wollen und die für ihre Erziehungsleistung entsprechend honoriert werden, und in Paare, die Kinder bewußt oder faktisch ausschließen, dafür aber über den Fiskus und die Sozialleistungen voll bzw. proportional für die Kinder der anderen mitzahlen und mithaften?

Wingen: Dies ist ein interessantes Denkmodell, für das aber empirisch nicht viel spricht, soweit es das Verhalten in den Ehen betrifft. Es ist nicht so, daß der Anteil der zeitlebens kinderlosen *Ehen* so ungewöhnlich stark zunimmt. Dieser ist in der jüngeren Vergangenheit zwar leicht angestiegen. Aber insgesamt ist der Geburtenrückgang bedingt durch die drastische Verringerung der durchschnittlichen Kinderzahl in den Ehen, nicht durch Verzicht auf Kinder überhaupt. In Ihrem Zwei-Typen-Modell bringen Sie die Ein-Kind-Familie nicht unter.

HK: Hat die Ein-Kind-Familie überhaupt eine Zukunft; ich meine, ist sie über mehrere Generationen hinweg plausibel, ganz abgesehen von der Tatsache, daß sich – bedingt auch durch die beherrschende Beschäftigungslage trotz Elternurlaub, Erziehungsgeld usw. – die Fälle mehren, wo aus Einkommensgründen oder wegen der sonstigen Lebensplanung auf Kinder von vornherein oder so lange verzichtet wird, bis man es dann ganz sein läßt?

Wingen: Es kann sehr wohl sein, daß sich die Wertorientierungen weiter in der Richtung verändern, die Sie andeuten; daß nicht nur aus aktuellen Zwängen heraus, sondern auf dem Hintergrund der ungewöhnlich niedrigen Kinderzahl ichbezogene Werte und individualistisches Denken und Handeln weiter bestimmend werden. Das wäre eine insgesamt fatale Entwicklung. Aber um noch einmal auf Ihr Modell zu kommen. Gegenwärtig spricht nicht sehr viel dafür, sondern wir haben es eher mit einer Dreiteilung zu tun: mit einem sinkenden Anteil von Familien mit drei, vier oder mehr Kindern, einem deutlichen Überwiegen der Ein-Kind- und Zwei-Kinder-Familien mit einer beachtlichen Zunahme von Ein-Kind-Familien und schließlich einem noch relativ leicht gestiegenen Anteil von kinderlosen Paaren.

HK: Werden sich mit der Zunahme der Ein-Kind-Familie die Erziehungsprobleme, vor allem verstanden als So-

zialisierung im wörtlichen Sinn, als Einführung und Einübung in das mitmenschliche und gesellschaftliche Zusammenleben, insgesamt verschärfen?

Wingen: Es ist schwer, sich diesbezüglich überhaupt auf sichere Erkenntnisse zu stützen. Versucht man dennoch eine Einschätzung, so zeigen Untersuchungen über die Sozialisationsbedingungen von Einzelkindern und Kindern aus Mehrkinderfamilien wohl tendenziell bei Einzelkindern gewisse Vorteile in der Entwicklung ihrer geistigen Lern- und Erkenntnisfähigkeiten sowie ihrer kulturellen Fähigkeiten, während Kinder aus Mehrkinderfamilien den Einzelkindern eher in der Entwicklung ihrer sozialen Fähigkeiten, d. h. auch in der Fähigkeit zu solidarischem Denken, überlegen sind. Das ist der Hintergrund des eben Gesagten: in Gesellschaften mit immer mehr Einzelkindern könnten individualistische Werthaltungen tendenziell zunehmen.

HK: Ließe sich da durch außerfamiliäre Einrichtungen (Kinderkrippen, Kindergärten, Schule), durch frühe außerfamiliäre Sozialisationsangebote überhaupt für das Kind einiges kompensieren? Oder ist die bessere Ausstattung der Familie mit Erziehungshilfen, auch materieller Art (Erziehungsgeld z. B.), nicht nur die näherliegende, sondern auch die in jeder Hinsicht bessere Alternative?

Wingen: Beim Einsatz außerfamiliärer Sozialisierungsträger ist der Zeitpunkt bezogen auf das Lebensalter des Kindes ganz wichtig. Ich glaube, es gibt bei uns noch weitgehend Konsens darüber, zumindest im frühkindlichen Alter den Erziehungs- und Bildungsprozeß ganz überwiegend in der Hand der Familie zu belassen. Es geht bei der Frühsozialisierung um die Gewinnung von Urvertrauen in einem gesicherten sozialen Kontext. Von daher, finde ich, sind vor allem die Maßnahmen besonders notwendig und hilfreich, die es jungen Ehepaaren erleichtern, sich dem Kleinkind besser zu widmen.

„Der Staat muß auch in der Bevölkerungspolitik gestalterisch eingreifen können“

HK: Ist das Erziehungsgeld oder ein entsprechend höherer Kindergeldbetrag eine Lösung? Helfen da überhaupt materielle Lösungen, und ist eine Stärkung der außerfamiliären Sozialisation, von Kleinstkindern abgesehen, überhaupt ein in allem zu vermeidendes Übel? Selbst die Gewinnung von Urvertrauen im Kontext Familie ist nicht ohne Ambivalenzen ...

Wingen: Mit der Gewährung eines Erziehungsgeldes allein läßt sich das Problem der mangelnden Vereinbarkeit von Familienfähigkeit (einschließlich Kinderbetreuung) und Erwerbstätigkeit – denn darum geht es ja letztlich – sicherlich nicht lösen. Das Erziehungsgeld muß flankiert sein von mehreren anderen Maßnahmen, die integrativ zusammengreifen müssen. Dazu gehören die gleichzeitige rentenversicherungsrechtliche Absicherung, also die

Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung. Dazu gehört für diejenigen Erzieher, die später wieder erwerbstätig sein möchten, eine entsprechend moderate Wiederbeschäftigungsgarantie. Dazu gehört für diejenigen, die der Erziehung von Kindern wegen für längere Zeit ausscheiden, eine begleitende berufliche Weiterbildung. Und dazu gehören gezielte Hilfen beim Wiedereintritt ins Erwerbsleben, etwa nach dem Modell „Neuer Start mit 35“, wie es in Baden-Württemberg gegenwärtig versucht wird. Wenn dies alles zusammengreift, dann können sich junge Familien auch ohne unzumutbare materielle oder berufliche Beeinträchtigungen für Kinder, auch für mehrere Kinder entscheiden.

HK: Dennoch: lassen sich mit familienpolitischem Sukkurs mittel- und langfristig überhaupt bevölkerungspolitische Wirkungen erzielen? Kann der Staat durch politische Maßnahmen das Geburtenverhalten überhaupt entscheidend beeinflussen? Oder muß sich Politik nicht einfach darauf beschränken, auftretende Friktionen in ihren Folgen zu steuern?

Wingen: Dazu ein entschiedenes Nein. Der Bevölkerungsprozeß darf nicht als ein unabänderliches Schicksal gesehen, sondern muß auch als ein Gestaltungsproblem verstanden werden. Der Staat und auch andere Verantwortungsträger haben eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die konkreten Rahmenbedingungen von Ehen und Familien zu verbessern und damit mittelbar entsprechend auch auf den demographischen Prozeß einzuwirken ...

HK: Zum Beispiel?

Wingen: Zum Beispiel: Wenn richtig ist, was der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium bereits 1980 festgestellt hat, daß sich in der Vergangenheit eine ungewollte Kumulation von Anreizen ergeben hat, auf Nachkommenschaft zu verzichten, dann ist die systematische Beseitigung dieser Hemmnisse eine erstrangige und auch verpflichtende politische Aufgabe. Wenn es richtig ist, daß unsere gesetzliche Rentenversicherung – wie schon angedeutet – auf eine enorme Prämierung der Kinderlosigkeit angelegt ist; wenn weiter richtig ist, daß im internationalen Vergleich das deutsche Einkommensteuerrecht zwar sehr ehefreundlich (Ehesplitting), aber familienfeindlich (keine vergleichbare Berücksichtigung der Kinderzahl) ist, dann zeigen allein schon diese Beispiele, wo und wie der Staat gestalterisch eingreifen kann.

HK: Was darf der Staat in einer freiheitlich verfaßten Gesellschaft bevölkerungspolitisch überhaupt: Zielvorgaben machen, gar ein bestimmtes Bevölkerungsniveau anstreben?

Wingen: Er kann und darf nichts vorschreiben. Aber er kann, die Vor- und Nachteile der verschiedenen Entwicklungsprozesse abwägend, sehr wohl festhalten, was unter Gemeinwohlgesichtspunkten die relativ beste Entwicklung ist. Er kann und sollte keine bestimmte Bevölkerungszahl als optimal vorgeben, aber er kann sehr

wohl optimale Entwicklungsverläufe benennen und eine möglichst stetige Entwicklung anzustreben versuchen. Vor allem aber sollte er nicht einer vielfach auf Unkenntnis beruhenden These folgen: Es mache ja nichts, wenn wir in den kommenden Jahrzehnten wieder auf den Einwohnerstand der Vorkriegszeit (etwa 42–43 Millionen auf dem Gebiet der heutigen Bundesrepublik) zurückfallen. Demographische Prozesse entwickeln ihre Eigendynamik. Und genausowenig, wie Sie ein auf hoher See mit Volldampf fahrendes Schiff dadurch abrupt anhalten können, daß Sie die Motoren auf Rückwärtsgang schalten, können Sie im Hinblick auf einen „in Fahrt“ befindlichen Geburtenrückgang erst dann mit Gegensteuerungsmaßnahmen beginnen, wenn Sie den Rückgang beenden wollen. Konkret: Wenn Sie beispielsweise bis zum Jahr 2030 den Übergang einer schrumpfenden in eine stationäre Bevölkerung anstreben, müßten Sie schon in den nächsten zwei Jahrzehnten auf eine *Hebung* der Geburtenzahl hinwirken.

HK: Aber wenn der Staat nur tut, was er tun darf, erreicht er damit mehr als bestenfalls Minimalkorrekturen? Ausländische Beispiele sind ja diesbezüglich trotz aller interessanten Details so ermutigend nicht oder sind mit der Bundesrepublik nur sehr bedingt vergleichbar, z. B. Frankreich.

Wingen: Das Beispiel Frankreich ist durchaus interessant. Der Erfolg der traditionell pronatalistischen Politik Frankreichs ist sicher nicht aufregend, aber auch nicht gleich null. Statistische Schätzungen, die man auch nicht überbewerten muß, deuten darauf hin, daß die familien- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen Frankreichs nach dem Zweiten Weltkrieg eine Erhöhung der durchschnittlichen Geburtenzahl *je Frau* um 10% bewirkt haben. Man muß im Vergleich Frankreich–Bundesrepublik allerdings auch die geschichtlich schon länger wirksamen Unterschiede sehen. Die Franzosen haben in der Nachkriegszeit stark auf Familie und Jugend gesetzt und dafür eine ungleich weniger günstige Altersversorgung aufgebaut als wir in der Bundesrepublik. Und Frankreich hat das Bevölkerungsproblem immer auch als ein Problem des großen Frankreich gesehen. Darüber herrscht auch nationaler Konsens. Die pronatalistische Politik traf so in Frankreich auf eine andere Grundströmung, als wir sie gegenwärtig bei uns vorfinden. Anders fiele vielleicht ein Vergleich Bundesrepublik–DDR aus. Bis in die Mitte der 70er Jahre verlief die Entwicklung dort völlig gleichgerichtet (wie in der Bundesrepublik) nach unten. Später gab es erhebliche demographische Korrekturen. Untersuchungen zeigen, daß sie sich schwer ohne die gleichzeitigen sozialpolitischen Maßnahmen erklären lassen. Ein klares Werturteil des Staates, unterstützt durch entsprechende politische Signale und praktische Weichenstellungen, kann durchaus etwas bewirken.

HK: Trotzdem bleiben beträchtliche Zweifel, ob über materielle Mittel, damit auf dem Wege staatlicher Transferpolitik, überhaupt etwas zu erreichen ist. Wegen eini-

ger 1000 DM wird sich, wenn sie sonst nicht in die Lebensplanung passen, kaum ein Paar zugunsten von Kindern entscheiden.

Wingen: Man macht häufig den Fehler, auf isolierte Einzelmaßnahmen abzuheben und dann darauf das Problem zuzuspitzen. Der Geburtenrückgang kann weder durch eine einzige Ursache erklärt, noch kann ihm mit einem einzigen Instrument der Gegensteuerung begegnet werden. Das Materielle und das Immaterielle müssen zusammenkommen. Es ist ein guter Grundsatz der christlichen Soziallehre, daß „Zuständereform“ und „Gesinnungsreform“ sich ergänzen müssen, d. h. daß sich gesellschaftliche Verhältnisse nur über gleichzeitige Veränderungen in den Wertorientierungen durchsetzen lassen. Nur auf Materielles zu setzen, das reicht sicher nicht. Aber das hindert uns doch nicht festzuhalten, daß auch die materiellen Spielräume größer oder kleiner sein können ... Setzt man nur auf Wertorientierungen, wird das sehr bald zu einem rein ideologischen Unterfangen, wenn nicht gleichzeitig die übrigen Rahmenbedingungen so geordnet sind, daß sie entsprechende Anreize bieten.

„Zuwanderung ist von den Proportionen her keine wirkliche Lösung des Bevölkerungsproblems“

HK: Dennoch möchte ich Sie fragen, ob nicht selbst im kirchlichen Bereich die materiellen Forderungen familienpolitischer Art die Stärkung der immateriellen Motivation oft weit hinter sich lassen. Und sei es auch nur, weil Regierung und staatliche Finanzen benennbare Adressaten sind, während „die Gesellschaft“, in der sich die Wertorientierungen bilden, nicht recht greifbar ist.

Wingen: Wir sollten dankbar anerkennen, daß sich die beiden Kirchen, auch ihre Laienorganisationen immer wieder auch für die handfesten sozialökonomischen Lebensbedingungen von Familien interessieren. Sie tun das aus gutem Grund. Die Beachtung ethischer Grundsätze ist nun einmal auch ihrerseits davon abhängig, ob auch die ökonomischen Voraussetzungen in Ordnung sind. Aber sie haben völlig recht, wenn Sie damit meinen, daß der Staat allein das Problem nicht lösen kann. Selbstverständlich sind gerade bei Wertausspragungen und bei Veränderungen in den Wertorientierungen noch andere gesellschaftliche Kräfte gefordert, und die Kirchen gehören dazu. Ein ganz wichtiger Punkt ist für mich dabei die schon angedeutete, ganz offensichtliche Diskrepanz zwischen individueller und gesellschaftlicher Rationalität. Die individuellen Glücksvorstellungen, die sehr auf den einzelnen bezogenen Lebensentwürfe und die Belange der Gesamtheit driften auseinander. Hier muß von der Sozialethik her angesetzt werden.

HK: Was halten Sie von der These, angesichts des Geburtenrückgangs, den Zuzug von Ausländern, Asylanten und ausländischen Arbeitnehmern nicht, wie es gegenwärtige Regierungspolitik ist, immer weiter einzudäm-

men, sondern ihnen das Land bewußt weiter zu öffnen? Ist es nicht tatsächlich besser, auch für die Leistungsfähigkeit der Gesamtbevölkerung, den Zuzug von Ausländern eher zu fördern, anstatt soziale Infrastrukturen brach liegen zu lassen?

Wingen: Eine verstärkte Zuwanderung kann ein Beitrag sein zur Abschwächung der Problemlage. Aber sie stellt keineswegs eine volle Problemlösung dar. Dafür sind die zahlenmäßigen Proportionen zu ungleich. Wenn Sie das, was sich bei uns, insbesondere nach der Jahrhundertwende, an Rückgang abzeichnet und heute weitgehend vorprogrammiert ist, durch Zuwanderung ausgleichen wollten, bekämen Sie durch die ethnische Verschiebung unserer Bevölkerungsstruktur ganz andere neue Probleme, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können, auf den Tisch. Auch muß man sehen, daß die wirklichen Zuwanderungsreserven auf längere Sicht fast ausschließlich in den Räumen außerhalb der heutigen europäischen Gemeinschaft liegen. Die europäischen Nachbarstaaten haben ja, wenn auch zeitlich und graduell etwas unterschiedlich, tendenziell die gleichen demographischen Entwicklungsverläufe wie wir ...

HK: Muß man so viel Angst haben vor Leuten von außerhalb der EG oder außerhalb unseres Kulturkreises? Die Welt wächst zusammen, die Kulturen vermischen sich. Europa und schon gar die Bundesrepublik kann nicht eine Inselbevölkerung bleiben, die darüber nachsinnt, ob die Deutschen nun aussterben oder nicht. Nationale Ängste scheinen da wenig zu passen. Die soziale Integrationskraft der Bundesrepublik ist – wenigstens

unter wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten – vermutlich stark genug, um wesentlich mehr Zuwanderung zu verkraften.

Wingen: Wollte man bei uns Probleme des Bevölkerungsrückgangs gezielt durch eine verstärkte Einwanderung lösen, so ließe sich dem entgegenhalten: Ausländer müssen als Lückenbüßer herhalten. Ich will damit nur sagen: die Ausländerproblematik eignet sich wenig für Instrumentalisierungen, sei es in der einen, sei es in der anderen Richtung. Im übrigen zeigt uns die Geschichte hinlänglich, daß im Falle von reichen Ländern, die von ärmeren umgeben oder von diesen erreichbar sind, immer Wanderungsbewegungen in Richtung wirtschaftlich potenterer Länder stattgefunden haben.

HK: Aber der Staat kann, wenn man ihm schon zutraut, daß er sozialpolitisch Einfluß auf das Geburtenverhalten nehmen kann, auch hier steuern: Ist angesichts des Bevölkerungsrückgangs und der proportionalen Schieflage zwischen den Generationen nicht doch eine extensive Einwanderungs- einer restriktiveren Ausländerpolitik vorzuziehen?

Wingen: Das könnte sich zwangsläufig so ergeben. Aber es setzt gleichzeitig eine Neudefinition unserer Ausländerpolitik voraus. Bisher lautet die offizielle Version, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Das wird auf Zukunft hin sicher zu überdenken sein. Nur, daran möchte ich festhalten: es wird von den Proportionen her keine wirkliche Lösung des Bevölkerungsproblems bei uns sein können.

Stabilisierung der Gesetzlichen Rentenversicherung

Eine Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Wenige Wochen nach der Veröffentlichung der EKD-Denkschrift zur Reform der Alterssicherung (vgl. HK, Januar 1988, 11ff.) legte das Zentralkomitee der deutschen Katholiken eine „Erklärung zur geplanten Strukturreform der gesetzlichen Rentenversicherung“ vor. Die Erklärung wurde vom Geschäftsführenden Ausschuß am 18. Dezember 1987 beschlossen und am 7. Januar dieses Jahres veröffentlicht. Die Zwischenüberschriften sind von der Redaktion.

Vor 100 Jahren wurde im Zuge der Industrialisierung sowie sozialer und wirtschaftlicher Wandlungen unsere Gesetzliche Rentenversicherung unter maßgeblichem Einfluß christlicher Sozialpolitiker eingeführt und 1957 in Übereinstimmung mit Vorstellungen der Katholischen Soziallehre fortentwickelt. Damit gelang es, dem Er-

werbstätigen durch eigene Leistung immer größere soziale Sicherheit und das Bewußtsein der Eigenständigkeit im Alter zu geben. Die Rentenversicherung blieb auch nach dem Zweiten Weltkrieg angesichts des Bevölkerungswachstums, der Produktivitäts- und Lohnzuwächse, des Wirtschaftswachstums und der Beitragserhöhung jahrzehntelang finanziell weitgehend stabil.

Unsere Alterssicherungssysteme haben mit ihrer finanziellen Stabilität und kontinuierlichen sozialrechtlichen Fortentwicklung nicht nur das Vertrauen in die soziale Sicherung, sondern auch in unsere Wirtschafts- und Sozialordnung und in die Verlässlichkeit des Staates mitgeprägt sowie das Vertrauen in die Solidarität zwischen den Generationen gefestigt. Dies gelang, weil in den vergangenen Jahrzehnten dem Großteil der Ruheständler